



## Bescheidene Vereinbarung

**M**anchmal bedarf es eines handfesten Skandals, um der Universität in einer Stadt wie Hamburg die Aufmerksamkeit der Medien zu sichern. Ihrer Ausrichtung nach widmen diese sich lieber den Nöten von Kleingärtnern und Tierschutzvereinen, seitenlang. In Hamburg stand im Mittelpunkt eines solchen Skandals vor zwei Jahren die unselige Uni-Präsidentin Monika Auwetter-Kurtz, die schließlich durch den Aufruhr einer Professorengruppe und weiterer Uni-Angehöriger aus ihrem Amt gejagt wurde.

Aber auch am 21. Oktober 2011 war das Medieninteresse in eine Uni-Angelegenheit groß: Wissenschaftssenatorin Dr. Dorothee Stapelfeldt und Uni-Präsident Prof. Dr. Dieter Lenzen paraphierten im Rathaus eine Rahmenvereinbarung über die Finanzierung der Uni, die vom Jahre 2013 bis zum Jahre 2020 gelten soll. Vorausgegangen war dem ein langer, auch öffentlich ausgetragener Streit zwischen beiden, denn nach ihrem Amtsantritt im Frühling hatte die Senatorin die Uni und weitere HH-Hochschulen mit dem Verlangen nach einschneidenden Sparmaßnahmen konfrontiert. Sichtbarster Ausdruck dieser Auseinandersetzungen war eine eindrucksvolle Demonstration aller großen Hamburger Hochschulen im Juni gewesen. Danach zogen sich die Protagonisten beider

Seiten offenbar zurück, um in Ruhe gemeinsam zu überlegen. Das war für beide förderlich, denn die Senatorin war in der öffentlichen Wahrnehmung als schwach, wenn nicht gar Wahlversprechen brechend und trickreich erschienen, während den Präsidenten erkennbar eine umsichtige Tatkraft leitete, welche die Auseinandersetzung mit der Rathauspolitik nicht scheute.

Kern der Vereinbarung vom 21. Oktober ist, daß die Uni in dem angegebenen Zeitraum mit einer jährlichen Haushalt von 280 Millionen Euro rechnen kann, der sogar jedes Jahr um 0,88 Prozent steigen soll. Einige begleitende Vereinbarungen kommen hinzu – materieller und immaterieller Art. Damit ist eine Art Planungssicherheit gewährleistet, jedenfalls dem Anschein nach.

Wer die Uni Hamburg ein wenig kennt, der wird sich erinnern, daß sie seit länger als dreißig Jahren Sparaufforderungen und Sparmaßnahmen ausgesetzt ist, die anscheinend noch niemand beziffert und in ihren Folgen dargestellt hat. Jedenfalls wurden Fächer gestrichen, Dienstleistungen für Lehre und Forschung entschieden geschmälert, Etats für Bücher und andere Medien, die für das Studium unentbehrlich sind, herabgesetzt und sogar die Gehälter der Lehrenden, Professoren und akademische Mitarbeiter, gekürzt. Das hat die Anziehungskraft der Uni HH für herausragende Wissenschaftler von außerhalb erheblich beeinträchtigt. Daß solche trotzdem an ihr blieben oder neu zu ihr kamen, hat andere Gründe.

Wer die getroffene Vereinbarung genauer betrachtet, wird nicht in Entzückensrufe ausbrechen. Eine jährliche Steigerung von 0,88 Prozent bedeutet bei einer bei einer Inflationsraten von zwei Prozent – mit steigender Tendenz – einen jährlichen Verfall der universitären „Kaufkraft“ im Umfang von annähernd 30 Millionen. So weiß auch der Uni-Präsident, daß diese Vereinbarung vor allem der Beruhigung der Hochschulszenen in HH dient. Mittelzuwächse von 50 Millionen, veranschlagte er, seien notwendig, um die gegenwärtigen akademischen Standards an der Uni HH nicht nur zu festigen, sondern diese zu fördern.

Hinzukommen Bedenken allgemeiner Art: Wie zuverlässig ist diese Vereinbarung? Diese Frage beruht nicht auf Mißtrauen gegenüber Dr. Stapelfeldt, die sie schwerlich aufkündigen kann. Aber wer weiß, wie sich die politischen Rahmenbedingungen verändern? Jeder neue Senat, auch jeder neue SPD-Senat übernimmt nicht jede Festlegung seiner Vorgänger. – Wenn eine zur Notiz passende Abbildung nicht zur Verfügung ist, erscheint hier einer der in NF 623 vorgestellten Holzschnitte.